



II-3041 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Zahl: 0117/360-II/5/91

Wien, am 26. Juli 1991

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 W i e n

1239IAB
1991 -07- 30
zu 1351/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die Abgeordneten zum Nationalrat DOLINSCHKE, Ing. REICHHOLD, MITTERER haben am 4.7.1991 unter der Nummer 1351/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die geplante Anschaffung von Dienstpistolen für die Bundesgendarmerie" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Entspricht es den Tatsachen, daß seitens ihres Ressorts die Anschaffung einer Gendarmeriedienstpistole belgischer Herkunft erwogen wird und, wenn ja, aus welchen Gründen wird nunmehr ein nicht hinlänglich bewährtes Produkt in die Planung miteinbezogen?
2. Inwieweit werden bei dieser Planung volkswirtschaftliche bzw. sozialpolitische Auswirkungen berücksichtigt?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Hinblick auf die lange Verwendungsdauer der derzeit bei der Bundesgendarmerie verwendete Pistole M 35 wird es in nächster Zeit notwendig sein, neue Faustfeuerwaffen für die Bundesgendarmerie anzukaufen. Einige zur Auswahl stehende Produkte - darunter

auch eine Waffe belgischer Herkunft - werden derzeit getestet; eine Auswahl wurde noch nicht getroffen.

Zu Frage 2:

Diese Planung geht von der Zielsetzung aus, daß die Bundesgendarmerie mit der für ihren Dienst am besten geeigneten Faustfeuerwaffe ausgerüstet wird, wobei die bestehenden Beschaffungsrichtlinien auf Basis der ÖNORM genauestens einzuhalten sind.

Frank J.